Regulierung der Leiharbeit in der Pflege

Hintergrund:

Der bpa setzt sich seit langem für eine nachhaltige Reduzierung der Notwendigkeit von Leiharbeit ein. Auf Initiative des bpa wurde dieses Ziel 2019 in der Konzertierten Aktion Pflege festgeschrieben.

Der Gesetzgeber hat mit dem PUEG zur Beschränkung der Leiharbeit diese lediglich den Wirtschaftlichkeitsgrundsätzen des § 82c SGB XI unterworfen und gleichzeitig festgeschrieben, dass Vermittlungsgebühren nicht als wirtschaftlich anerkannt werden können. Die Regulierung erfolgt daher bisher nur als Refinanzierungsdeckel für die Pflegeeinrichtungen, die entstehende Kosten nicht vollständig in den Vergütungs- und Pflegesatzverhandlungen abbilden können. Die Regelung führt jedoch nicht zu einer Begrenzung der Preise, die Leiharbeitsunternehmen in Rechnung stellen, da diese wissen, dass Pflegeeinrichtungen zur Sicherstellung der Versorgung regelmäßig keine andere Wahl haben, als die Kosten zu bezahlen.

Handlungsoption:

Der bpa schlägt daher die Einführung eines Kostendeckels für die Preise, die Leiharbeitsunternehmen in Rechnung stellen dürfen, vor. Dieser wird auf den 1,5fachen Wert festgelegt. Die Regulierung erfolgt durch Ergänzungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG). Der Regelungsvorschlag folgt in der Systematik und der Höhe des Maximalwerts einem Vorschlag der Deutschen Krankenhausgesellschaft. Verschiedene Wohlfahrtsverbände haben ebenfalls Unterstützung hierfür erkennen lassen.

Konkreter Regulierungsvorschlag:

Neu: § 1c AÜG Einschränkungen im Pflegesektor

Arbeitnehmerüberlassung nach § 1 in Betriebe der Kranken- und Altenpflege, die Einrichtungen mit einem Vertrag nach §§ 108, 132a, 132d, 132h, 132l des Fünften Buches Sozialgesetzbuch oder § 72 des Elften Buches Sozialgesetzbuch sind, ist gestattet, soweit das Entgelt für die Überlassung von Leiharbeitnehmern der in § 82c Absatz 2 Satz 4 Elftes Buch Sozialgesetzbuch genannten Qualifikationsgruppen für Tätigkeiten in den Bereichen Pflege und Betreuung von Kranken und Pflegebedürftigen die regional üblichen Entlohnungsniveaus nach § 82c Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 Elftes Buch Sozialgesetzbuch in der nach § 82c Absatz 5 Elftes Buch Sozialgesetzbuch veröffentlichten Höhe um nicht mehr als 50 Prozent übersteigt.

Ergänzung in: § 16 AÜG Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 1 einen Leiharbeitnehmer einem Dritten ohne Erlaubnis überlässt,

1a. einen ihm von einem Verleiher ohne Erlaubnis überlassenen Leiharbeitnehmer tätig werden lässt,

1b. entgegen § 1 Absatz 1 Satz 3 einen Arbeitnehmer überlässt oder tätig werden lässt,

1c. entgegen § 1 Absatz 1 Satz 5 eine dort genannte Überlassung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig bezeichnet,

1d. entgegen § 1 Absatz 1 Satz 6 die Person nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig konkretisiert,

1e. entgegen § 1 Absatz 1b Satz 1 einen Leiharbeitnehmer überlässt,

1f. entgegen § 1b Satz 1 Arbeitnehmer überlässt oder tätig werden lässt,

1g. entgegen § 1c eine dort genannten Entgeltgrenzen nicht einhält,